

der Dampfmaschine „Argonne“ über Alexandrien in Marseille angekommen.

† Paris, 22. Decr. [Das neue Wahlsystem und die Präsidentenwahl] Auch in der ersten Sitzung des „Conseil der Repräsentanten“ in der Unterabtheilung — da haben sich die Ältesten und die Beschaffung des „Rechts-Ordnung“ — ist die Frage, ob das Wahlsystem der 31. Mai auch auf die Präsidentenwahl angewendet sei, vorgelegt, beraten und bejaht worden. Und hierüber haben alle Parteien der Majorität zur Schon getragenen Beschlusseigenschaft deutlich hervor, daß nach ihrer Überzeugung die Meinung, welche die 2. Kammer von der Tragweite jenes Gesetzes getheilt hat, von der der National-Verammlung ebenfalls getheilt werden soll. Das heißt, daß hier ein Einmuth besteht. 2. Kammer bestimme sie viel eher, um zu glauben, daß die National-Verammlung am 31. Mai zwei verschiedene Wahlsysteme, eines für die „Repräsentanten“ und eines für die „Bürgervertreter“ schaffen wollte, wohl oder mag er der Ansicht sein, daß die Anwendung des Wahlsystems auf die Ernennung des Chefs der Republik gewissermaßen eine thatsächliche Unmöglichkeit ist. Das bedeutet eine Erklärung, die um so mehr an der Zeit ist, als man annehmen hat, verschiedene Ansichten darüber in Umlauf zu setzen. Der 47te Paragraph der Verfassung will, daß in der Wahlversammlung der meistbeschäftigte Kandidat wenigstens zwei Millionen Stimmen erhalten habe, was nicht, so soll die Ernennung der Präsidenten übertragen werden. Regel also ist, daß der Präsident aus der Volkswahl hervorgeht, nur in einem bestimmten Falle, also ausnahmsweise, soll er von der legislativen Gewalt gewählt werden. Das ungeheure Verdienst ist aber durch das Wahlsystem der 31. Mai grössten Theils, denn es ist mit Gewißheit anzunehmen, daß in ansehnlichen Zeiten, d. h. wo

nicht mehr am 21. December ein außerordentlicher Zusammentritt des öffentlichen Reimungs- und der Richtung giebt, kein Kandidat das verlangte Minimum von 2 Millionen Stimmen; sondern wird, nachdem man die Zahl der Wähler durch das zweite Gesetz auf ungefähr 6½ Millionen herabgesetzt hat. Und wenn selbst damals, am 10. December, von den 10 Millionen Wählern fast 10 Millionen enthielten, so darf man ohne Ueberstreckung behaupten, daß in Epochen der politischen Instabilität fast wenigstens 2 Millionen enthalten werden. Wer wird glauben, daß in solchen Epochen fast die Hälfte aller Wahlberechtigten für einen oder denselben Kandidaten stimmen werden? Nicht ohne Chancen. Um so der Öffentlichkeit durch seine Freunde in der Kammer den Weg zu weisen und versichern lassen, daß die Annäherung bei Gelegenheit vom 21. Mai eine Ehre gegen den Geist der Verfassung sein würde.

Aber, wird man sagen, weshalb nicht den 47ten Paragraphen so modifiziren, daß das darin verlangte Minimum in einem richtigen Verhältnisse zur Zahl der Wahlberechtigten stehe? Hier liegen eben die Schwierigkeit. Die Nationalversammlung hat nicht das Recht, an ihrem Paragraphen zu rühren. Sie jagt ihre Befugnisse zur Bekräftigung des allgemeinen Stimmrechts aus zwei Stellen der Charta: aus der, worin es heißt, daß ein Wahlgesetz die Bedingungen regeln werde, unter welchen ein Bürger sein Wahlrecht verliert, und aus der andern, worin es heißt, daß seine Verbindung des Beweises für die zu Wählenden statte, während für die Wähler von seiner Verbindung gar kein Rede ist. Hieraus schloß man, daß für die Wähler gestellt werden dürfte. In der That kann man verständiglich das höchstsonderliche Verlangen, und das Wahlgesetz vom 21. Mai zu

Wird unterzogen, als wäre das die Sache ausgeprochen. Wir unterliegen nicht, es kann hierdurch weiter gegangen ist, als der Geist der Verfassung erlaubt, wir wollen nur bestätigen, daß man deren Vorfall nicht verurtheilt hat. Man verurtheilt dies so eingeleitet, daß Herr Alsted einen Antrag auf die Abreise des Königs, die Commission würde nach manchen anderen Beschuldigungen d. d. Stimmrecht vorgebracht haben, wenn der Vorfall der Verfassung so nicht unterliegt.

Es ist also offenbar, daß nur eine Kreisbeschlusse in den 47ten Paragraphen eintreten darf, und dies ist so nicht, das von demselben im Laufe der Debatte über das Gesetz vom 31. März ein Briefe über war, offenbar so daß auf der Hand lag, daß die Reform des 47ten Paragraphen eine wesentliche Veränderung der Verfassung der Mitglieder ist. Die Paragraphen aber zeigen uns so sehr mit Billigkeit über diese Commission, daß sie sehr gut wußten, daß durch das Gesetz vom 31. März die Chancen der Majorität, den künftigen Präsidenten zu wählen, um ein Bedeutendes vermindert wurden, so bald man die Stimmen von 2 Millionen bezieht.

Ich habe mich über diese Angelegenheit bedrückt, weil sie so kurz in der Tagespresse zur Sprache kommen wird.

Schon früher spricht ich Ihnen — wenn ich nicht irre — daß das ganze Gerüde von einem eventuellen Ministerium Sadowitz ein Hebel war; ebenso verhält es sich mit der von dem Times erklärten Unterredung zwischen Sadowitz und Ludwig Napoleon.

In der legitimistischen Welt weiß man nichts von einem Bundesparlament der Herrn Grafen von Chambord an Herrn Herzog, dagegen war es schon angekündigt, als man mittelte, daß ein Kaiser-Ansatz erkannt sei. Was ich Ihnen über den Zweck

derer Bestimmung, zu dem befragt. Ich denke daran
 in einem neuen Schreiben zurück, in welchem ich Sie zugleich
 von einem Briefe des Hohenlohe's der Gazette de France über
 die Stellung der Parteien unterrichtet werde.
 Der Constitutionell heißt heute an der Spitze seiner neuen
 Stelle den Präsidenten mit, Herr Barthelemy habe den Präsidenten
 der National-Versammlung vorgelegt, daß der Polyzentrismus
 von Ansehensgröße nicht länger der Würde des Palais Bou-
 vardes Stehen könne, Herr Dupin den Minister aber voll gram-
 matisch, daß er sein Schreiben den Deputirten eingehendst habe.
 Der Artikel ist offenbar in einer sehr ablenkenden Lage geblieben.
 Paris, Donnerstag, 26. Dec. Abends 8 Uhr.
 (F. H. S.) In der Legislatur ist das Hypothekengesetz
 beendigt worden. — Die „Debat“ werden eines nicht
 signirten Artikels wegen verfolgt werden. — In dem Pro-

[illegible]

